

## **Stadt Leverkusen**

## **NIEDERSCHRIFT**

über die 21. Sitzung (19. TA)

**des Ausschusses für Soziales,**

**Gesundheit und Senioren**

am Montag, 18.11.2024, Rathaus,  
Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373  
Leverkusen, 5. OG, Sitzungsraum  
Wupper (5.07)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18.45 Uhr

### Tagesordnung

#### **Anwesend:**

#### **CDU**

Liam Bunk

Michaela Di Padova

Tim Feister

Stv. Vorsitzender

Joshua Kraski

Christoph Meyer zu Berstenhorst

#### **SPD**

Lena Marie Angermann

Laura Rodriguez

Oliver Ruß

Vorsitzender

Regina Sidiropulos

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Andreas Bokeloh

Dirk Udo Trapphagen

Claudia Wiese

#### **BÜRGERLISTE**

Peter Viertel

#### **OP**

Stephan Adams

#### **AfD**

Patrick Ricardo Liese

**FDP**

Friedrich Busch

**Klimaliste Leverkusen**

Andreas Hollstein

**Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):**

Walter Fuchs-Stratmann

Diakonie

Petra Jennen

Arbeiterwohlfahrt

Katja Bedra

Behindertenbeirat

Carsten Wellbrock

Caritas

**Schriftführung:**

Cornelia Jürgens

Soziales (50)

**Verwaltung:**

Alexander Lünenbach

Beigeordneter, Dez. III

Katrin Arndt

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Dr. Mirja Stevens

Medizinischer Dienst (53)

Guido Wielspütz

Soziales (50)

Jens Richter

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Susann Peters

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Jaime Salecker

Soziales (50)

Andreas Krötz

Soziales (50)

Michael Högele

Soziales (50)

**Gäste:**

Herr Holtzmann

Diakonie

**Es fehlen:**

**SPD**

Heike Bunde

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Stefan Baake

Zöhre Demirci

2. stv. Vorsitzende

**DIE LINKE**

Keneth Dietrich

**Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):**

Reiner Mathes

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Dr. Josef Peters

Deutsches Rotes Kreuz

Bernhard Schuster

Behindertenbeirat

**Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW**

Dina Elouriaghli

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....5
2	Niederschriften .....5
3	Bestellung der Schriftführung und stellvertretenden Schriftführung für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren - Nr.: 2024/3079 ...5
4	Statusbericht der Controlling-Gruppe Integrationskonzept - gesamtstädtisches Integrationskonzept Leverkusen - Nr.: 2024/3078 .....6
5	Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses (Finanzierung von Personalstellen für das Casemanagement bei drei Trägerinnen der Freien Wohlfahrtspflege) - Nr.: 2024/3092 .....6
6	Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses (Reduzierung der Mittel für die Quartiersarbeit Manfort/Alkenrath) - Nr.: 2024/3097 .....8
	Jahresbericht der Schuldnerberatung 2023.....9
	Bericht des Dezernenten .....9
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2024)..... 10

## Öffentliche Sitzung

### 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), eröffnet die 21. Sitzung (19. TA) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ruß (SPD) verpflichtet durch Niederschrift Herr Carsten Wellbrock (Caritasverband Leverkusen), seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) erläutert einleitend zur Haushaltslage:

Die Stadt Leverkusen steht vor einer finanziellen und demografischen Herausforderung nie dagewesenen Ausmaßes. Es droht die Überschuldung mit vollständiger Aufzehrung des Eigenkapitals. Mit dem Beschluss vom 26.08.2024 zum Antrag Nr. 2024/2964 „Haushaltssituation in Leverkusen“ hat der Rat der Stadt Leverkusen die Einrichtung einer Task Force beschlossen.

In der Sitzung der Task Force Ende Oktober haben die Teilnehmenden erste Maßnahmen der Teilgruppe Soziales beschlossen, entsprechende Vorlagen finden Sie auf der heutigen Tagesordnung.

Am 25. November 2024 findet – gemeinsam mit weiteren Dezernaten – ein Gespräch mit den Leverkusener Trägern statt. Im Rahmen des Termins möchten der Stadtkämmerer sowie die zuständigen Beigeordneten Herr Stadtdirektor Adomat (Dez. IV) sowie Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) die Träger über den aktuellen Sachstand zur Haushaltssituation sowie über die weitere Vorgehensweise der Stadt Leverkusen zu informieren

### 2 Niederschriften

Die Niederschrift zur 20. Sitzung (19. TA) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 16.09.2024 wird zur Kenntnis genommen.

### 3 Bestellung der Schriftführung und stellvertretenden Schriftführung für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren - Nr.: 2024/3079

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren bestellt als

Schriftführer:	Herrn Michael Högele,
1. Stellvertreterin	Frau Cornelia Jürgens,
2. Stellvertreter	Herr Andreas Krötz.

- einstimmig -

- 4 Statusbericht der Controlling-Gruppe Integrationskonzept  
- gesamtstädtisches Integrationskonzept Leverkusen  
- Nr.: 2024/3078

Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Herrn Busch (FDP) fehlen Erläuterungen zu den Auswirkungen des Berichts. Dieser enthält eine Bestandsaufnahme, aber die Konsequenzen und resultierenden Maßnahmen sind nicht enthalten, dies ist aus seiner Sicht erforderlich für die Steuerung.

Rh. Feister (CDU) sieht den Bericht eher als Sachstandsbericht und nicht als Controllingbericht. Die beschriebenen Maßnahmen findet er gut, ihm fehlen aber Zahlen, die die Wirkung messbar abbilden.

Frau Peters, Dezernat für Bürger, Umwelt und Soziales (Dez. III) stimmt zu, dass der Bericht noch kein detailliertes Controllingergebnis enthält. Sie wird den Wunsch nach mehr Transparenz im Sinne eines richtigen Controllings aufnehmen. Parameter wie Teilnehmer, Personal, Zeitaufwand und Kosten sollen zukünftig stärker mit eingebunden werden.

Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) teilt mit, dass der qualitative Teil überzeugend ist und aus Sicht der Verwaltung der Standard gehalten werden soll. Das Controlling (Kosten, Wirkung, Teilnehmer, Fördermittel) wird zukünftig stärker ausgebaut.

Herr Busch (FDP) lobt die Bestandsaufnahme und erwartet den Controllingbericht zu einem späteren Zeitpunkt.

Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt an, dass Controlling generell bei allen Maßnahmen gelten sollte und nicht nur bei TOP 4 „Statusbericht der Controlling-Gruppe Integrationskonzept - gesamtstädtisches Integrationskonzept Leverkusen – Vorlage Nr.: 2024/3078.

- 5 Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses  
(Finanzierung von Personalstellen für das Casemanagement bei drei Trägerinnen der Freien Wohlfahrtspflege)  
- Nr.: 2024/3092

Herr Busch (FDP) fragt, wie die Maßnahmen des kommunalen Integrationsmanagements geleistet werden sollen, wenn die städtische Mittel gekürzt werden und die Landesförderung nicht ausreicht, um den bisherigen Leistungsumfang aufrechtzuerhalten

Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) verweist auf die derzeitige Umsetzung des Landesprogramms. Das Land hat die Fördermittel auf pauschal

57.000 € festgesetzt und erwartet unter diesen Bedingungen eine volle Durchführung der Maßnahme. Aufgrund der bestehenden Beschlusslage in Leverkusen, haben die Träger eine Aufstockung dieser Fördersumme durch die Verwaltung erhalten, so dass eine Vollfinanzierung erfolgte. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Leistung, im Zuge der Haushaltssituation besteht die Notwendigkeit entsprechende Leistungen zu prüfen.

Frau Jennen (AWO) betont die bisherige erfolgreiche Arbeit in diesem Bereich, die sie gerne fortführen möchte, was aber aus eigenen Mitteln nicht möglich ist.

Herr Kraski (CDU) merkt an, dass auf Grundlage der bis jetzt vorliegenden Informationen keine Entscheidung möglich sei und zudem die Beschlussfolge falsch ist. Zunächst müssten vorab Gespräche mit den Trägern geführt und die Möglichkeiten zur Fortführung der Maßnahme dargelegt werden, da eine gleichbleibende Leistung bei reduzierten Mitteln nicht möglich ist.

Rh. Adams (OP) teilt mit, dass er der Vorlage nicht zustimmen kann. Die Task Force fordert ein „Abnicken“ durch den Ausschuss, um Mittel für soziale Projekte einzusparen, während an anderer Stelle zum Beispiel Gelder für Bauprojekte mit eingeschränktem Nutzen zur Verfügung gestellt werden, was aus seiner Sicht der falsche Weg sei.

Rf. Rodriguez (SPD) findet es kritisch an dieser Stelle den Rotstift anzusetzen. Die SPD stimmt nicht zu.

Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erkundigt sich nach den Auswirkungen der Einsparungen.

Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) informiert, dass der Sozialetat etwa 155.000.000 Euro beträgt und dies zu weiten Teilen aus pflichtigen Leistungen besteht, bei denen keine Einsparungen möglich sind. Nur ein geringer Teil der Summe – also den der freiwilligen Leistungen – kann angepasst werden. Die Verwaltung hat im Rahmen der Task Force die vorhandenen 70 Vertragswerke und Einsparungspotenziale vorgelegt. Die Mitglieder haben dann Potenziale identifiziert und der Verwaltung aufgetragen hierzu die Vorlage einzubringen.

Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, dass die Task Force nicht entscheidet, sondern empfiehlt und mögliche Maßnahmen für Ersparungen aufzeigen soll. Bei der hier vorliegenden Empfehlung wissen die Beteiligten des Ausschusses nicht, welche langfristigen Auswirkungen die geplanten Einsparungen haben. Die Integration von Menschen ist jedoch gesamtgesellschaftlich ein wichtiges Anliegen.

Rh. Feister (CDU) betont, dass es wichtig wäre, die absehbaren Konsequenzen einer Entscheidung in der Vorlage aufzuzeigen. Es lässt sich mit den vorliegenden Informationen nicht bewerten, welche Optionen ohne eine weitere Förderung besteht. Er ist für die Vertagung in die nächste Sitzung des Fi-

nanz- und Digitalisierungsausschusses, wobei die Vorlage noch mit Zahlen „zu unterfüttern“ wäre.

Herr Hollstein (Klimaliste Leverkusen) stimmt der Vorlage ebenfalls nicht zu.

Herr Busch (FDP) lehnt eine Vertagung in den Finanz- und Digitalisierungsausschuss ab, da dieser seiner Einschätzung nach der Vorlage zustimmen wird. Er ist für eine Ablehnung um ein deutliches Zeichen zu setzen.

Rh. Adams (OP) ist für einen Änderungsantrag und für Zurückweisung der Vorlage an die Verwaltung.

Rh. Viertel (BÜRGERLISTE) und Rf. Wiese (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sind für die Vertagung in den Finanz- und Digitalisierungsausschuss, Rh. Ruß (SPD) und Rh. Feister (CDU) sind für eine Vertagung in die nächste Ratssitzung.

Abschließend stellt Rh. Feister (CDU) einen Vertagungsantrag in die nächste Ratssitzung mit Ergänzungen der Verwaltung in Bezug auf nähere Details und Zahlen zur besseren Einschätzung der Konsequenzen bei der Entscheidungsfindung.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Vertagungsantrag in die nächste Sitzung des Rates abstimmen.

dafür: 10 (5 CDU, 4 SPD, 1 AfD)  
dagegen: 7 (3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP,  
1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)

- 6 Haushaltssicherungskonzept  
- Änderung eines Ratsbeschlusses (Reduzierung der Mittel für die Quartiersarbeit Manfort/Alkenrath)  
- Nr.: 2024/3097

Rh. Adams (OP) sieht die gleiche Problematik wie bei TOP 5 „Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses (Finanzierung von Personalstellen für das Casemanagement bei drei Trägerinnen der Freien Wohlfahrtspflege) – Vorlage Nr.: 2024/3092.

Ferner betont er, dass die Quartiersarbeit in den Stadtteilen wichtig ist. Er findet jedoch, dass der Stadtteil Wiesdorf ständig bevorzugt wird und andere Stadtteile benachteiligt werden, wie auch jetzt hier Manfort und Alkenrath. Er stimmt deshalb nicht zu.

Herr Kraski (CDU) sieht es ähnlich, die Stadtteile dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und die Menschen in einzelnen Stadtteilen nicht benachteiligt werden. Für die Entscheidungsfindung braucht es eine evaluierte Vorlage, man muss den Menschen in den Stadtteilen Kürzungen vernünftig erklären können. Die CDU stellt deshalb einen Vertagungsantrag in den Rat.



Rh. Adams (OP) ist gegen einen Vertagungsantrag in den Rat, sondern für eine Entscheidung über die Vorlage, damit der Ausschuss ein Zeichen setzt.

Herr Busch (FDP) stimmt Herrn Kraski (CDU) zu, ihm fehlen Informationen, wie sich die bisherigen 150.000 € zusammensetzen. Das sollte von der Verwaltung differenzierter dargestellt werden. Er ist ebenfalls für einen Vertagungsantrag in den Rat.

Rf. Rodriguez (SPD) stellt wegen der noch fehlenden Zahlen einen Vertagungsantrag in den nächsten Turnus.

Herr Fuchs-Stratmann (Diakonie) teilt mit, dass Herr Holtzmann (Diakonie) anwesend ist und etwas zu den Zahlen sagen kann. Der Ausschuss ist damit einverstanden. Herr Holtzmann (Diakonie) teilt mit, dass es sich um eine Stelle für die Stadtteile Manfort und Alkenrath handelt. Die Stelle setzt sich aus Brutto-Personalkosten und Sachkosten zusammen. Alleine die Brutto-Personalkosten betragen 85.000 €, bei gekürzten 100.000 € kann die bisherige Arbeit nicht fortgesetzt werden.

Herr Kraski (CDU) fragt sich, warum diese Informationen nicht in der Vorlage stehen.

Rh. Feister (CDU) zieht den Antrag der CDU auf Vertagung in den Rat zurück, die CDU ist jetzt auch für eine Vertagung in den nächsten Turnus.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Vertagungsantrag in den nächsten Turnus abstimmen.

- einstimmig -

Jahresbericht der Schuldnerberatung 2023

Der von Herrn Schmidt (SKM) gehaltene Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordnete Lünenbach (Dez. III) informiert über den aktuellen Sachstand zur Bezahlkarte:

Die Landesregierung hat in der letzten Woche einen Entwurf der Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes veröffentlicht. Derzeit läuft die Verbändeanhörung des Landtages, die voraussichtlich Ende November abgeschlossen sein wird. Geplant ist, die Bezahlkarte ab Januar schrittweise zunächst in den großen, landeseigenen Unterkünften einzuführen. Ein landesweiter Rollout in den Kommunen ist ab Frühjahr 2025 vorgesehen.

Der Entwurf enthält eine Opt-Out-Regelung, die es jeder Kommune ermöglicht, zu entscheiden, ob die Leistungen für Geflüchtete weiterhin nicht über die Bezahlkarte erbracht werden. Darüber hinaus regelt der Entwurf den Berechtigtenkreis, die Form der Leistungserbringung und mögliche Übergangsregelungen.

Der Städtetag lehnt die Regelung von Opt-Out ab, es droht die Gefahr eines Flickenteppichs. Die Kosten für das Fachverfahren/Schnittstellen und zusätzliches Personal werden durch das Land nicht übernommen

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 9/2024)

Es wurden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Rh. Oliver Ruß (SPD), schließt die öffentliche Sitzung.

gez.

---

Rh. Oliver Ruß  
Vorsitzender

gez.

---

Cornelia Jürgens  
Schriftführerin